

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a Fernruf: P 7, Jannowitz, 5909. Postscheckkonto Berlin Nr. 80460 (Internationale Verlagsanstalt G m b H.).

NUMMER 78 A

BERLIN • Sonntag den 3 April 1932

1. JAHRGANG

Mooney und Billings. Amerikanische Justizschande.

Von W. H., St. Louis.

Als SACCO und VANZETTI 1927 als Opfer der Klassenjustiz von Massachusetts in Boston hingerichtet wurden, saßen in Kalifornien zwei Arbeiter schon seit 11 Jahren im Gefängnis. Sie waren so unschuldig an dem Verbrechen, für das sie bestraft wurden, wie die beiden Anarchisten. Weil sie Arbeiterführer waren, weil sie die Ungerechtigkeit der kapitalistischen Gesellschaft den ausgebeuteten Arbeitern zeigten und zur organisierten Abwehr gegen die Ausbeutung aufriefen, deshalb mußten SACCO und VANZETTI auf dem elektrischen Stuhl enden, und deshalb halten die Justizbehörden heute, nach fast 16 Jahren, noch immer TOM MOONEY und WARREN BILLINGS hinter Kerkermauern. Ihre Unschuld ist klar erwiesen. Alle Belastungszeugen sind entweder als meineidige und käufliche Kreaturen entlarvt worden oder haben zugegeben, daß sie ihre Aussagen nicht aufrechterhalten können. Der im MOONEY-Prozeß zuständige Richter, alle noch lebenden Schöffen, der Oberstaatsanwalt von Kalifornien, der Chef der Detektive von San Francisco — diese und viele andere, vertraut mit dem Fall, sind von der Unschuld MOONEYS und BILLINGS überzeugt und treten öffentlich seit Jahren für deren Befreiung ein.

MOONEY und BILLINGS spielten in Gewerkschaftskreisen San Franciscos vor dem Kriege eine einflussreiche Rolle. Sie waren beide als Streikführer hervorgetreten und hatten sich den Häuptern der größten Eisenbahngesellschaft und der Gas- und Elektrizitätsgesellschaft zugezogen (United Railway Co. und Pacific Gas and Electric Co.). Beide hatten mit den Gerichten Bekanntschaft gemacht. Während es jedoch MOONEY gelungen war, seinen Häschern zu entgehen, als er angeklagt wegen Sprengstoffvergehens, von den Schöffen freigesprochen wurde, gelang es den Agenten der Pacific Gas and Electric Co., BILLINGS im Jahre 1913 auch wegen Sprengstoffvergehens ins Gefängnis zu werfen. BILLINGS, damals 19 Jahre alt, half im Streik gegen die Gasgesellschaft und wurde von einem ihrer Spitzel aufgefordert, einen Koffer nach Sacramento (Kalifornien) zu schaffen und dort bei einem anderen Spitzel abzuliefern. Unerfahren wie er war, lief er in die Falle: in dem Koffer befanden sich Sprengstoffe, und BILLINGS wurde sofort verhaftet. Diese beiden Fälle haben die späteren Vorgänge in verhängnisvoller Weise beeinflusst.

1916 war MOONEY, von seiner Frau tatkräftig unterstützt, mit großer Energie damit beschäftigt, die Arbeiter der United Railway Co. gewerkschaftlich zu organisieren. Er war den Eigentümern dieser Firma ein Dorn im Auge, und Pläne wurden geschmiedet, diesen Ruhestörer unter allen Umständen unschädlich zu machen. Da kam ihnen ein Zufall zu Hilfe. Im Juli 1916 platzte bei einer von Hurra-Patrioten veranstalteten Parade für Bereitschaft zum Kriege eine Bombe, die 10 Menschen tötete und 40 verletzte. Kurz darauf wurden MOONEY, BILLINGS und mehrere andere verhaftet. Bei der Vorbereitung der Anklage und der Durchführung des Prozesses tat sich besonders ein Privatdetektiv hervor, SWANSON, der gleichzeitig Angestellter der Gas- und Elektrizitätsgesellschaft war. SWANSON hatte 1913 schon einmal MOONEY ohne Erfolg angeklagt. Dieses Mal sollte ihm der verhasste Agitator nicht entgehen. SWANSON wurde für die Dauer des Prozesses vom Staate übernommen und bezahlt. Er bereitete, der frühere Angestellte der Gas- und Elektrizitätsgesellschaft, in harmonischer Zusammenarbeit mit dem Polizeipräsidenten von San Francisco die Zeugen vor und inszenierte eine beispiellose Hetze gegen die beiden Angeklagten. Der Staatsanwalt, FICKERT, hatte seine Wahl nur der finanziellen Unterstützung der United Railway Co. zu verdanken, weil er den wegen Bestechung angeklagten Präsidenten dieser Gesellschaft freisprach. Dieses Triumvirat, vergleichbar mit den Mördern SACCO und VANZETTI, setzte die Verurteilung (Fortsetzung auf der 2. Seite.)

Unerhörte Forderungen.

Lohnabbau auf den Stand vom 1. Januar 1925.

Zwischen den Parteien des Baugewerbes für den Bezirk Sachsen-Anhalt fanden Donnerstag Verhandlungen über die freie Vereinbarung einer neuen Vertragsgrundlage statt, da die jetzt geltenden Verträge am 30. April dieses Jahres ablaufen. Die Unternehmer forderten eine Neufestsetzung der Löhne nach dem Stand vom 1. Januar 1925! Die Verhandlungen wurden nach mehrstündiger Dauer ergebnislos abgebrochen, da eine Verständigung nicht erzielt werden konnte. Die Lage ist gegenwärtig vollkommen ungeklärt, da auch die zwischen den Spitzenorganisationen am 22. Februar getroffene Vereinbarung nicht vorsieht, welche Instanz nunmehr für die weitere Behandlung der Angelegenheit zuständig ist, sondern den bezirklichen Tarifparteien alles weitere überläßt. Klar ist nur, daß die Bauunternehmer die Arbeiter zurückwerfen wollen auf das Niveau nach dem Ende der Inflation.

Gegenüber den sich häufenden Kündigungen seien hier aus einer amtlichen Erklärung der Reichsregierung vom 24. März folgende Sätze mitgeteilt:

„Zu der Notiz in einer großen Berliner Tageszeitung, wonach in Aussicht genommen sein soll, die Laufdauer der Lohnarbeitsverträge für bestimmte Gewerbe durch Verordnung über den 30. April 1932 hinaus zu verlängern, weist das Reichsarbeitsministerium daraufhin, daß eine solche Maßnahme sich offenbar schon deshalb erübrigt, weil die Parteien, wie schon jetzt mit Sicherheit anzunehmen ist, von der Kündigungsbefugnis der Lohnarbeitsverträge zum 30. April nur ausnahmsweise Gebrauch machen werden. Ein solches Verhalten entspricht auch der Auffassung des Reichsarbeitsministeriums. Nach der erheblichen Senkung der Löhne und Gehälter durch

AUS DEM INHALT:

Ein chinesischer Aufruf.
Freihandelskonferenz hinter
Zollmauern.
Parteitag der Kommunistischen
Partei Frankreichs.
Ihr laßt den Armen . . . !
Agrarpolitik in Zahlen.
Aprilscherz und Wirklichkeit.

die vierte Notverordnung erscheint eine erneute allgemeine Herabsetzung nicht tragbar und bei der steigenden Bedeutung des Binnenmarkts für die deutsche Wirtschaft auch nicht wünschenswert.“

Die Vergleichung solcher Regierungserklärung mit der Wirklichkeit beleuchtet die ganze Sinnlosigkeit des „Reformismus“, wonach der Opposition das Recht zusteht, sich dem Wohlwollen des Regenten zu empfehlen“ (NELSON). Uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selber tun! Das Mittel dazu ist die Wiederbelebung des gewerkschaftlichen Kampfes.

Treffen Groener — Küchenthal.

Neues Harzburg. In vollster Uebereinstimmung.

h Berlin, 1. April.

Am 1. April wurde die nordböhmische Hauptstreikleitung in Brüx behördlich aufgelöst. Bei der Haus-suchung in dem Vereinshaus, wo die Streikleitung tagte, wurden zahlreiche Schriftstücke und Vervielfältigungsapparate beschlagnahmt. Die Auflösung wurde damit begründet, daß die Streikleitung sich behördliche Rechte anmaßte, über die Kohlenverteilung an die Industrie und die Städte entscheiden wolle und auch das Pressegesetz verletzt habe.

Im Ostrauer Gebiet wurde am 1. April überall die Arbeit aufgenommen.

Die Prager Verhandlungen zwischen den Bergwerkesbesitzern und den Bergarbeiterverbänden dauern an. Es zeigt sich eine gewisse Annäherung, da in Ostrau statt 12000 nur 4000 Arbeiter entlassen werden sollen. Die Bergarbeiter versuchen, die Unternehmer zu einer

desavouiert — dann soll er es auch in der praktischen Arbeit tun. Dazu aber gehörte, daß Herr GROENER, den Gott im Zorn zum Minister gemacht hat, endlich aufhörte, den Nazis Reklamestoff zu liefern.

Aber was auch geschehen sein mag: Wir fürchten, daß die Nazis und ihre Freunde den neuen „Harzburger“ in den April geschickt haben. Wann schicken ihn die Republikaner in den Ruhestand?

b Braunschweig, 1. April.

Zu dem Treffen GROENER-KÜCHENTHAL äußert sich die den NS nahestehende „Braunschweigische Landeszeitung“ sehr befriedigt. Sie schreibt u. a.: Es sei erfreulich, daß auch Reichsinnenminister GROENER sich nun von der einwandfreien Haltung der beiden braunschweigischen Minister überzeugt habe.

Der nordböhmische Streik abgebrochen.

Die Behörden kommen den Unternehmern zu Hilfe.

e Prag, 1. April.

Am 1. April wurde die nordböhmische Hauptstreikleitung in Brüx behördlich aufgelöst. Bei der Haus-suchung in dem Vereinshaus, wo die Streikleitung tagte, wurden zahlreiche Schriftstücke und Vervielfältigungsapparate beschlagnahmt. Die Auflösung wurde damit begründet, daß die Streikleitung sich behördliche Rechte anmaßte, über die Kohlenverteilung an die Industrie und die Städte entscheiden wolle und auch das Pressegesetz verletzt habe.

Im Ostrauer Gebiet wurde am 1. April überall die Arbeit aufgenommen.

Die Prager Verhandlungen zwischen den Bergwerkesbesitzern und den Bergarbeiterverbänden dauern an. Es zeigt sich eine gewisse Annäherung, da in Ostrau statt 12000 nur 4000 Arbeiter entlassen werden sollen. Die Bergarbeiter versuchen, die Unternehmer zu einer

Verkürzung der Arbeitszeit auf sechs Stunden zu bewegen, um Entlassungen überhaupt zu vermeiden.

Aus dem „Osterfrieden“. Hitler plakatiert.

Am Freitag früh, im tiefsten Osterfrieden, erschienen an den Anschlagssäulen in Berlin Werbepлакate der NS für den zweiten Wahlgang. Die Plakate wurden von Polizeibeamten und von Beauftragten der Berliner Anschlag- und Reklame-weseu GmbH (Berek) wieder entfernt. Nach Auskunft des Berliner Nachrichtenamts ist das Anschlag-Plakate auf ein Mißverständnis der ausführenden Stellen zurückzuführen. Die Entfernung der Plakate wurde angeordnet.

Gegen den verantwortlichen Direktor der Berek, MARTIN, wurde Strafanzeige wegen Verstoßes gegen die Notverordnung erstattet. Ferner hat Oberbürgermeister SAHM den Aufsichtsrat der Berek einberufen, damit dieser zu dem Vorgang Stellung nehme.

MOONEYS und BILLINGS' durch. Für MOONEY: Tod durch Erhängen; für BILLINGS: lebenslängliche Haft. Die Prozesse waren getrennt geführt worden, um durch die Androhung der unmenschlichen Strafe BILLINGS zu veranlassen, gegen MOONEY auszusagen und sich dadurch eine mildere Strafe zu erkaufen. Der Versuch schlug fehl. Als die Proteste gegen dieses Klassenurteil immer stärker wurden, setzte Präsident WILSON eine Untersuchungskommission ein. Auf Grund des Berichtes dieser Kommission setzte WILSON es durch, daß die Todesstrafe für MOONEY in Haft auf Lebenszeit umgeändert wurde. Frau MOONEY und die anderen Angeklagten wurden freigelassen.

Ein paar Worte über die Zeugen. OXMAN, ein Viehhändler, hatte ausgesagt, daß er MOONEY und BILLINGS zur Zeit des Attentates beobachtet habe. Es stellte sich heraus, daß OXMAN gar nicht in San Francisco war, als die Bombe platzte. Er war 90 Meilen von der Stadt entfernt. Ferner wurden Briefe den Verteidigern vorgelegt, die klar bewiesen, daß OXMAN versucht hat, einen Freund dazu zu bewegen, unter Eid auszusagen, daß er OXMAN zur Zeit des Attentates in San Francisco gesehen habe. Dieser Freund hielt sich in Illinois auf, kam nach San Francisco, aber ließ sich nicht auf die Machenschaften OXMANs ein. Leider kamen die Briefe erst nach der Verurteilung MOONEYS und BILLINGS' ans Tageslicht. Der zweite Hauptbelastungszeuge, McDONALD, wollte MOONEY in einem Restaurant in der Nähe des Tatortes gesehen haben. Es gelang den Verteidigern MOONEYS acht Photographien aufzuweisen, die MOONEY mit seiner Frau auf dem Dache eines Wolkenkratzers zeigen; auf der Straße sieht man die Demonstration. Auf mehreren ist deutlich eine Uhr sichtbar, deren Zeitangabe unvereinbar ist mit der Aussage McDONALDS. Dieser Zeuge hat später vor dem Vice-Gouverneur von Kalifornien seine Aussage voll und ganz widerrufen.

Ohne diese beiden Zeugen wäre die Verurteilung MOONEYS und BILLINGS' nicht möglich gewesen. Schon im Juli 1917, 5 Monate nach der Verurteilung, wandte sich der Oberstaatsanwalt von Kalifornien an das oberste Gericht des Staates und forderte auf Grund der OXMAN-Briefe eine Wiederaufnahme des Verfahrens. Diese Berufungsinstanz versteckte sich hinter eine juristische Klausel, nach deren Wortlaut es der Berufungsinstanz nicht möglich ist, neues Material für einen abgeschlossenen Prozeß zu prüfen. Es verschob die Verantwortlichkeit für die Wiederaufnahme des Prozesses auf den Gouverneur, dem verfassungsmäßig das Recht zustehe, einen neuen Prozeß zu fordern. Damit wurde der Fall MOONEY und BILLINGS zum Spielball kalifornischer Parteipolitik. Konnte es der Gouverneur wagen, diese gefährlichen Arbeiterführer zu befreien, das wäre zweifellos das Resultat des neuen Prozesses gewesen, wo doch die wichtigsten kapitalistischen Kreise an ihrer Verurteilung interessiert waren? Wer würde die Wahlkosten des Gouverneurs bezahlen, wenn er jene Kreise vor den Kopf stieß? Die 5 Gouverneure, die Kalifornien seit 1917 hatte, haben diese beiden Fragen so beantwortet, wie es sich für republikanische Politiker in Kalifornien gehört: MOONEY und BILLINGS müssen im Gefängnis bleiben.

Wenn wir uns nun fragen, was die organisierte Arbeiterschaft Kaliforniens und Amerikas getan hat, um die beiden Gefangenen zu befreien, kommen wir zu einem Kapitel, das an Niedrigkeit der Gesinnung in der Geschichte der amerikanischen Arbeiterbewegung kaum überboten werden kann. Selbst die Protestresolution, die auf den Konventionen der American Federation of Labor (der amerikanischen Gewerkschaften) nach 1917 für MOONEY und BILLINGS angenommen wurde, fiel 1927 unter den Tisch, als diese Organisation in Los Angeles ihren Kongreß hatte. Los Angeles liegt in Kalifornien; der damalige Gouverneur YOUNG hatte einflußreichen A. F. o. L.-Beamten einkunftreiche Posten gegeben. Dafür verhinderten diese „Arbeiterführer“ die Annahme der Resolution, die YOUNGS Aussichten auf Wiederwahl gefährdet hätte. (Wiedergewählt wurde er trotzdem nicht.) Das Verteidigungskomitee MOONEYS wurde von A. F. o. L.-Beamten dahin beeinflusst, daß wichtiges Material über den Fall MOONEY, das zur Versendung an alle kalifornische Wähler bereit war, zurückgehalten wurde, auch hier zwecks Wiederwahl des republikanischen Gouverneurs. MOONEY erfuhr von diesen Vorgängen zu spät und verlor durch diese Machenschaften beinahe wertvolle finanzielle Hilfe von Freunden seiner Sache. Ein anderes Beispiel: Die Führer der A. F. of L. GREEN und WOLL haben nicht einmal soviel für MOONEY und BILLINGS getan, daß sie ein Protesttelegramm an den Gouverneur Kaliforniens richteten. Sie befürchten wahrscheinlich den Einfluß der reaktionären Beamtenclique der A. F. of L. dieses Staates. Die lokalen und staatlichen Stellen der A. F. of L. sind am Falle MOONEY und BILLINGS wenig interessiert. Beide waren radikale, fortschrittliche Arbeiter. Besonders MOONEY hatte den Bonzen seiner Gewerkschaft oft die Hölle heiß gemacht; er machte ihnen die Zusammenarbeit mit den Arbeitgeber schwer, wenn nicht gar unmöglich. Er ging sogar so weit, eine industrielle Gewerkschaft für alle Metallarbeiter zu fordern, anstelle der vielen kleinen Berufsgruppen. Nur so ist es zu erklären, daß selbst die Gewerkschafts-Ortsgruppe, der MOONEY lange angehörte, ihn im Stich ließ, d. h. die Leitung sabotierte alle Befreiungsversuche und Aktionen im Interesse der beiden Gefan-

genen. Derartig sind die führenden Gewerkschaftsbonzen San Franciscos mit dem politischen Apparat verschwägert, daß 10 von 12 gegen eine Befreiungsaktion MOONEYS waren. Der Charakter dieser „Führer“ läßt sich an zwei Beispielen demonstrieren: Der Führer des Bauarbeiter-Verbandes hatte von der Pacific Gas and Electric Co. 10 000 Dollar Bestechungsgelder angenommen und mußte, als diese Tatsache bekannt wurde, zurücktreten. Der offizielle Führer der A. F. of L. in Kalifornien, BROUILLARD, war gleichzeitig Anwalt des Apotheker-Dezernats in San Francisco (ein politisches Amt) und trieb seine unheilvolle Politik gegen die Interessen der Arbeiterschaft so offensichtlich, daß er 1917 seines Postens enthoben wurde.

Diesen Beispielen könnten viele andere hinzugefügt werden. Sie würden alle noch deutlicher zeigen, daß es zum großen Teil die Schuld der korruptierten Führerschaft der A. F. of L. ist, wenn MOONEY und BILLINGS noch immer der Freiheit beraubt sind.

Im November 1931 wurde unerwarteter Weise die Front der Freunde MOONEYS und BILLINGS' durch den Bürgermeister WALKER von New York verstärkt. Die Mutter MOONEYS hatte sich an WALKER gewandt, und dieser demokratische Politiker, dessen Verwaltungsapparat gemäß den Berichten eines Untersuchungsausschusses voller Korruption und Bestechung ist, machte die Reise über den Kontinent und wurde bei allen maßgebenden Stellen im Interesse MOONEYS vorstellig. Wollte dieser Mann nur für eine Zeit die Aufmerksamkeit der Presse von den üblen Verhältnissen New Yorks ablenken oder war diese Aktion die Geste eines demokratischen Parteimannes, um die Arbeiterschaft für die kommenden Wahlen im November 1932 zu beeinflussen? Daß WALKER ernsthaft an MOONEY und BILLINGS interessiert ist, bezweifeln alle ihre Freunde.

Als MOONEYS vierundachtzigjährige Mutter kürzlich beim Präsidenten HOOVER um eine Audienz bat, um ein Bittgesuch für ihren Sohn vorzulegen, wurde sie von einem Sekretär abgefertigt. HOOVER hatte viel zu tun. Er hatte jedoch Zeit, kurz darauf einen zehnjährigen Violinvirtuosen und eine junge Scharfschützin zu empfangen.

Der Fern-Ost-Streit.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen scheint die chinesische Regierung sich zur weiteren Verteidigung mit Entschlossenheit vorzubereiten. Eine Regierungsbesprechung in Loyang, dem jetzigen Sitz der Regierung, endete mit dem Ergebnis, daß die Chinesen den Angriff der Japaner abwarten werden, aber die chinesischen Truppen in Bereitschaft stellen. Der Außenminister teilte dem herumreisenden Völkerbunds-ausschuß mit, daß er diesem Ausschuß auf seinem Besuch in der Mandschurei mehrere chinesische Beamte als Begleiter zuteilen werde. Die Japaner haben daraufhin erklärt, daß sie diese chinesischen Beamten beim Überschreiten der „mandschurischen Grenze“ zurückweisen werden, ein erneuter Beweis für die von Japan immer wieder vertretene völlige Unabhängigkeit der mandschurischen Regierung!

Die japanische Regierung hat sich beim Völkerbunds-ausschuß beklagt über die Teilnahme chinesischer Zivilbürger an den Kämpfen in Ost-Asien. In Zukunft würden die japanischen Truppen gegen die chinesischen Zivilisten scharf vorgehen. Das rigorose Vorgehen der Japaner gegen die chinesische Zivilbevölkerung in Tschapei ist in dieser Klageschrift natürlich nicht erwähnt.

In der Mandschurei haben chinesische Freischaren weitere Fortschritte gemacht. Das ganze Interesse konzentriert sich um die Eisenbahnen. Die Sowjetbehörden in Charbin haben den Japanern die Benutzung der Eisenbahnlinie verboten. Das japanische Oberkommando hat die meuternden chinesischen Truppen aufgefordert, sich zu entwaffnen, widrigenfalls die Japaner den Generalangriff auf alle chinesischen Stellungen aufnehmen werden.

Der Präsident PUJI hat die Japaner um die offizielle Anerkennung des mandschurischen Staates gebeten und um bundeseigentliche Unterstützung im Kampf gegen die Aufstandsbewegung. Das japanische Oberkommando hat diese Hilfe zugesagt; auch Erklärungen, die das ankündigen, was durch die Sprache der Waffen längst Tatsache ist.

b Schanghai, 2. April.

Der Belagerungszustand in Schanghai ist aufgehoben worden. Die Läden und Büros sind wieder eröffnet worden.

Ein chinesischer Aufruf.

An der Kuo Min Universität in Kanton besteht eine Liga gegen den japanischen Einfall in der Mandschurei, die einen Aufruf in Esperanto an uns gelangen ließ, der sich an alle Friedensfreunde und Rechtliebenden richtet.

In diesem Aufruf heißt es unter anderem:

„Was soll aus der Menschheit werden, wenn jeder seine augenblickliche Uebermacht dazu benützt, zu rauben, zu stehlen und zu morden, wenn Frieden und Gerechtigkeit mit Füßen getreten werden? Haß und Rache werden gesät, und wenn beide das menschliche Herz erfüllen? Wird dann nicht die Kultur Menschheit untergehen?“

Wenn China unglücklicherweise gezwungen würde, sein Gedankengut und seine Tradition — Frieden und Duldsamkeit — die KONFUCIUS seit Jahrtausenden lehrte, fortzuwerfen, wenn 400 Millionen Menschen unglücklicherweise gezwungen würden, den Weg der Rache, des Hasses, des Militarismus und der Brutalität zu gehen, dann würden aus einem Viertel der Menschheit kriegerische Tiere, Tiere mit dem brennenden Gedanken an Rache und Haß. Was würde aber dann aus der Kultur der Menschheit werden?

Wir glauben, daß für die verbrecherische Handlung Japans in der Mandschurei nur die japanischen Militaristen, die im japanischen Volk die Minderheit sind, die Verantwortung tragen.“

Am Schlusse des Aufrufes finden wir eine Ansicht, der wir nicht nur nicht zustimmen, sondern die zu bekämpfen wir alle ernsthaften Friedensfreunde aufrufen: „Die Entwicklung der Welt führt zu Frieden und Gerechtigkeit, und nur von Zeit zu Zeit treten ihr Hindernisse in den Weg.“

Allein durch menschliche Kraftanstrengungen werden Frieden und Gerechtigkeit in der Welt zur Herrschaft gelangen. Gerade der Glauben an die Entwicklung zum Guten ist Schuld daran, daß wir so weltenfern von menschenwürdigen Zuständen sind.

Wenn MOONEY und BILLINGS noch in diesem Jahre befreit werden sollten, so deshalb, weil die republikanische Partei den härtesten Wahlkampf seit langer Zeit vor sich hat. Wenn sie erreichen kann, daß durch die Freisetzung MOONEYS und BILLINGS' viele Arbeiter republikanisch wählen, so macht sie dieses Zugeständnis.

MOONEY appelliert an die Einheitsfront der Arbeiterschaft, die allein seine bedingungslose Freisetzung durchsetzen könne. Aber wo ist diese Einheitsfront, wo schon die verschiedenen kommunistischen Gruppen sich nicht einigen können über die Taktik des Kampfes? Die von Moskau anerkannte Kommunistische Partei Amerikas weigert sich auch, mit Sozialisten, A. F. of L.-Gewerkschaften, Anarchisten usw. in einer Einheitsfront zusammenzuarbeiten, obwohl MOONEY ausdrücklich diese Organisationen in seinem Aufruf aufzählt. Wahrlich, MOONEY wird keine Enttäuschung erspart; er muß zusehen, wie nicht nur reaktionäre Parteien seinen Fall für politische Zwecke ausbeuten, sondern ihm bietet sich das Schauspiel sogenannter „revolutionärer“ Organisationen, die sich gegenseitig vorwerfen, daß „der MOONEY-Fall zum Fußball der verschiedenen Fraktionen gemacht wird.“

Der Fall MOONEY ist in diesem Artikel mehr hervorgehoben worden als der Fall BILLINGS, weil nur MOONEY durch direkte Aktion von Seiten des Gouverneurs aus dem Gefängnis entlassen werden kann. Bei BILLINGS muß, wegen seiner Vorstrafe, eine Begnadigungskommission über sein Schicksal entscheiden. Es ist jedoch klar, daß einer Befreiung MOONEYS diejenige von BILLINGS folgen wird. MOONEY selbst macht in allen seinen Aufrufen stets darauf aufmerksam, daß seine Kampagnen nur dem Zwecke dienen, beiden Gefangenen zu helfen.

Die Internationale Hilfs-Vereinigung (IHV Berlin, Wilhelmstr. 135) hat eine Broschüre herausgegeben, in der der Gang des Prozesses und die Personen, die in ihm als Zeugen oder Ankläger auftreten, genau geschildert worden. („15 Jahre unschuldig im Zuchthaus“, Preis 10 Pfennig.)

Simmat zur Lage in Memel.

g Kowno, 1. April.

Die volkssozialistische „Lietuvos Zinios“ veröffentlicht am Freitag eine Unterredung mit dem Landespräsidenten SIMMAT, in der sich dieser über die schwebenden Fragen des Memelgebietes äußerte. Zu der Entlassung der 21 deutschen Lehrer erklärte er, diese Maßnahme sei darauf zurückzuführen, daß im Memelgebiet ebenso viele einheimische Lehrer erwerbslos seien, für die in erster Linie gesorgt werden müsse. Wären noch mehr arbeitslose einheimische Lehrer vorhanden gewesen, so hätte eine weitere Entlassung aus der Reihe der 105 auch im Memelgebiet beschäftigten fremdstaatlichen Lehrer im gleichem Maße erfolgen müssen. SIMMAT erklärte weiter, daß er im Memelgebiet nicht einen einzigen Beamten anstellen werde, der nicht beide Sprachen beherrsche. Ebenso werde er sich durch nichts davon abhalten lassen, diejenigen Bewohner des Memelgebietes einzubürgern, die auf Grund des Statuts eine Berechtigung dazu haben.

Auf die Frage, nach welchem Gesetz die Landtagswahl vor sich gehen werde, erklärte SIMMAT, daß dies nach dem bisher geltenden litauischen Sejmwahlgesetz geschehen werde. Es sei jedoch nicht ausgeschlossen, daß Änderungen sowohl in bezug auf die Verteilung der Mandate als auch in der Frage der Stimmabgabe eintreten könnten.

Der Memeler Landespräsident SIMMAT und die übrigen mit ihm nach Kowno gekommenen Mitglieder einer memeländischen Abordnung wurden am Donnerstag unter Führung von Gouverneur MERKYS vom Staatspräsidenten SMETONA empfangen, bei dem eine eingehende Beratung über die schwebenden Fragen stattfand. Die Abordnung ist am Abend nach Memel zurückgekehrt.

Freihandelskonferenz hinter Zollmauern.

in London, 1. April.

Am Freitag fand im Hotel Victoria in London die internationale Freihandelskonferenz statt, auf der insgesamt 17 Staaten einschließlich Deutschland vertreten waren.

Am Nachmittag sprach vor dicht gefülltem Saal Lord SNOWDEN. Der Freihandel ist nicht tot, so führte er aus. Das zeige der Uberschuß des englischen Haushalts, der ein Freihandelshaushalt genannt werden müsse. Unter dem Freihandelssystem habe England eine gesündere Finanzstellung erlangt als jedes andere protektionistische Land der Welt. Die Ursachen der gegenwärtigen Depression seien allein die internationale Finanzkrise, die Kriegsschulden und die Reparationen, bei deren Weiterbestehen die Welt binnen kurzem zusammenbrechen werde. Heute seien in England mehr Freihändler als vor sechs Monaten vorhanden, und die schlechten Erfahrungen mit den Zöllen würden die Zahl der Freihändler immer schneller vermehren. Das Ausland solle nicht glauben, daß der Protektionismus auf ewig in England eingeführt worden sei. Das würde die nächste Wahl klar zeigen. Der Freihandel, so schloß SNOWDEN, sei die materielle Grundlage, auf der allein eine internationale Zusammenarbeit zwischen den Völkern zustandekommen könne.

Der deutsche Vertreter Dr. DEMUTH von der Berliner Handelskammer erklärte, daß Deutschland ein Land des gemäßigten Protektionismus sei, was dasselbe bedeute, das gemäßigten Freihandels sei. — Eine aufschlußreiche Erklärung! Bei solcher „Mäßigung“ kommt es letzten Endes dahin, daß der Unterschied zwischen Zollsystem und Freihandel völlig unkenntlich wird.

Der Reichsverband der deutschen Industrie landet beim Vulgär-Marxismus.

Rpt. Berlin, 2. April.

Im Wirtschaftsteil unserer Nr. 76 haben wir ausführliche Mitteilungen über das noch nicht veröffentlichte Wirtschaftsprogramm des Reichsverbandes der deutschen Industrie gebracht. Die Tagespresse schweigt sich über dieses Programm fast völlig aus. Um so interessanter ist das Urteil von GUSTAV STOLPER, einem liberalen Kapitalisten, im „Deutschen Volkswirt“ vom 1. April:

„Daß aber der Reichsverband der Industrie sich für ein planwirtschaftliches Programm einsetzen würde, war nicht vorauszusehen. . . . Wie weit muß die Verwirrung der Geister in Deutschland schon vorgeschritten sein, daß selbst in der Königin-Augusta-Straße schon Argumente heimisch geworden sind, die man bisher nur in der vulgär-marxistischen Literatur der Siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts oder in der „anti-marxistischen“ Literatur des Jahres 1931 finden konnte. . . . Die selige Kriegswirtschaft feiert ihre fröhliche Auferstehung. Außenhandelsmonopol mit sozialisiertem Bankwesen nach vorangegangener Zinssenkung: Vom Kapitalismus bliebe nichts übrig als die Syndici der Verbände, die sich rechtzeitig in den Apparat der Planwirtschaft einschalten. Aber die deutschen Syndici in Ehren — die Planwirtschaft macht das nicht anziehender und erträglicher.“

Vom Kapitalismus bleibt leider mehr übrig: nämlich die Ausbeutung. Sie wird nur noch planmäßiger als bisher erfolgen.

Wie der liberale Kapitalist STOLPER sich gegen die kapitalistische Planwirtschaft wehrt, zeigen die Ausdrücke, die er wählt, um eindringlich zu seinen Lesern zu sprechen:

„Die ganze Vertrottelung der nationalsozialistischen Wirtschaftsliteratur, der ganze Analphabetismus einer neudeutschen planwirtschaftlich-nationalistischen Vulgärökonomie dient hier zum Vorspann eines Protektionismus, der in der Agrarpolitik mit den normalen Mitteln der Zollprohibition Schiffbruch erlitten und in der Industrie unter normalen Umständen nicht die geringste Aussicht auf Verwirklichung hätte. . . .“

Man mag die Erfolgsaussichten von Lausanne noch so skeptisch beurteilen: Daß Deutschland vorher Selbstmord begeht, kann nur eine selbstmörderische Geistesrichtung wollen, die freilich in Deutschland der letzten zwei Jahre zu einer lebensgefährlichen Macht geworden ist.“

Der Reichsverband selber veröffentlicht sein Wirtschaftsprogramm noch nicht, sondern gibt der Presse nur die folgende vorklausulierte Mitteilung über die Tagung seiner Handelspolitischen Kommission:

„Es bestand Übereinstimmung darüber, daß die Abnahme des deutschen Ausfuhrüberschusses durch die Absperrungsmaßnahmen des Auslandes zwangsläufig zu einer Verschärfung der Devisenlage führen muß, wenn auf der einen Seite der Dienst für unsere Auslandsverschuldung aufrechterhalten und die Ernährung der Bevölkerung sowie die Beförderung der Industrie mit den notwendigen ausländischen Rohstoffen sichergestellt werden soll.“

Angesichts dieser Lage wird es für unerlässlich gehalten, den notwendigen Versuch zu unternehmen, der geeignet ist, zu Devisensparnissen zu gelangen, ohne dabei die deutsche Ausfuhr, deren weitere Förderung unter allen Umständen für notwendig gehalten wird, zu beeinträchtigen.“

Die weitläufige Mehrheit der Handelspolitischen Kommission vertritt den Standpunkt, daß das gegenwärtige System der Devisenbewirtschaftung diesen Bedürfnissen nicht gerecht wird. Es wurde eine Verbesserung der Devisenbewirtschaftung im Sinne einer erweiterten Berücksichtigung volkswirtschaftlicher Gesichtspunkte verlangt mit dem Ziel einer bevorzugten Zuteilung von Devisen für die Einfuhr notwendiger Lebensmittel, Rohstoffe und gewisser

unentbehrlicher Halbfabrikate. Die Handelspolitische Kommission steht auf dem Standpunkt, daß sobald als möglich eine Aenderung der bisherigen Devisenbewirtschaftung durchgeführt werden muß, um rechtzeitig den oben erwähnten Erfordernissen gerecht werden zu können. Sie vertrat im übrigen die Auffassung, daß alle Pläne in der Richtung einer Autarkie ebenso scharf wie etwa damit verbundene Währungsexperimente abzulehnen sind.“

Der letzte Satz entspricht offenbar der heutigen Uebung, diejenigen Pläne offen abzulehnen, die man tatsächlich vertritt. Natürlich sind im Reichsverband der deutschen Industrie auch Gruppen, die das Streben nach Autarkie ebenso wie Währungsexperimente ablehnen. Diese Gruppen würden eine vernünftige Politik zur Behebung der Wirtschaftskrise wohl zum mindesten nicht hemmen. Aber: wer führt sie?

Was sagt die über das Wirtschaftsprogramm so schweigsame Presse, nachdem sie durch die offizielle Mitteilung über jene Ausschusssitzung zu einer Äußerung gezwungen ist?

HUGENBERGS „Tag“ ist unzufrieden damit, daß „nach wie vor Devisen für die Einfuhr notwendiger Lebensmittel (übrigens ein sehr weitgefaßter Begriff) zur Verfügung gestellt werden sollen“. Sein Urteil: Das Programm ist „wohl allzu sehr auf die Interessen nur der Industrie abgestellt“, darauf, die Einfuhr von Fertigerzeugnissen durch Divisenerweigerung vollkommen unmöglich zu machen.

Die „Germania“ bezeichnet es als „erfreulich“, „daß der Reichsverband der Industrie als solcher es abgelehnt hat, sich mit den weitergehenden Wünschen einzelner Gruppen zu identifizieren, die die Einfuhr rücksichtslos beschränken wollen“.

Der „Vorwärts“ phantasiert: „Die Verhandlungen . . . brachten eine handelspolitische Festlegung der deutschen Unternehmer, die sich im wesentlichen gegen die schwerindustriellen Ziele wendet.“

Die Wirtschaftspolitik gegen die Schwerindustrie einzuleiten, das darf man zur Zeit von den übrigen deutschen Unternehmern nicht erwarten. Das kann, wie die Dinge heute liegen, nur die Arbeiterschaft tun. Den Auftakt zu der Wirtschaftspolitik gegen Schwerindustrie und gegen Großgrundbesitzer, für Stärkung der Massenkaufkraft und damit für Stärkung der verarbeitenden Industrie und der Bauernschaft, zu geben, das ist — wie wir nicht oft genug betonen können, — die wichtigste und dringendste Aufgabe des Krisenkongresses der freien Gewerkschaften.

Die öffentlichen Versammlungen des ISK.

München: Dienstag, den 5. April, um 20 Uhr, im Gasthof „Goldener Stiefel“, Sendlinger Str. 67. Thema: Der Krieg im Fernen Osten. Seine internationale Bedeutung.

Freie Aussprache Eintritt frei

Hannover: Dienstag, den 5. April, um 20 Uhr, spricht CHIYIN CHEN aus Schanghai in einer öffentlichen Versammlung im Städtischen Saalbau, Gartenallee 1, über das Thema: Die Lage in China und die Aufgaben des europäischen Proletariats. Freie Aussprache! Eintritt 20 Pf., für Erwerbslose 10 Pf.

Die alten Harzburger unter sich.

Die Deutschnationale Reichstagsfraktion erklärt u. a.: „In einer Berliner Zeitung, die sich zur nationalsozialistischen Bewegung bekennt, sind erneut schwere Angriffe gegen unseren Parteiführer Dr. HUGENBERG in bezug auf seine Verbindung mit dem von ihm seiner Zeit der nationalen Sache geretteten Scherl-Verlag erschienen. Die Fraktion nimmt mit schärfstem Befremden davon Kenntnis, daß es heute noch außerhalb der Systemparteien Presseorgane gibt, die im politischen Kampfe Behauptungen aufstellen, deren völlige Unwahrheit die peinlichst genauen Prüfungen des Untersuchungsausschusses im Preussischen Landtag restlos erwiesen haben. Selbst die Sozialdemokratie mußte ihm (HUGENBERG) . . . peinlichste Sauberkeit in seinen gesamten Geschäftsunternehmungen bescheinigen.“

Diese Sauberkeit zeigt HUGENBERG besonders in seinen politischen Geschäften — z. B. in den Geschäften, die er mit dem Zahlungsmittel DUESTERBERG-Stimmen nach dem ersten Wahlgang mit HINDENBURG zu machen gedachte.

Die Legalen.

Der Regierungspräsident Frankfurt/Oder teilt mit:

Die NSDAP hatte für den 1. Osterfeiertag eine Versammlung der Standarte 12 in Amtitz anberaumt. Der Amtsvorsteher hatte diese Veranstaltung unter Hinweis auf die Verordnung vom 17. März 1932 verboten. Am Morgen des 1. Osterfeiertages erhielt der Landrat in Guben durch Beamte der Landjäger die Meldung, daß Trupps von Nationalsozialisten auf Amtitz in Anmarsch wären, und daß trotz des Verbotes das Ostertreffen stattfinden sollte. Er setzte sich mit dem Regierungspräsidenten in Frankfurt/Oder in Verbindung, der für die Auflösung der Versammlung Schutzpolizei zur Verfügung stellte. Die Polizei hat die Namen der etwa 750 anwesenden Nationalsozialisten festgestellt und sie einzeln in ihre Wohnorte entlassen. Die Personalien der festgestellten Nationalsozialisten sind dem Oberstaatsanwalt übergeben worden.

Reaktionäre in Koalition. Zur Preußenwahl.

Wirtschaftspartei, Deutsches Landvolk und Volkskonservative werden für die Preußenwahlen Listenverbindung eingehen. Die Verhandlungen sind nur deshalb noch nicht abgeschlossen worden, weil am Sonntag und am Montag noch mit der Deutschen Volkspartei Fühlung genommen werden soll, deren Parteiführer gegenwärtig nicht in Berlin weil.

Gnadengesuch im „Weltbühne“-Prozeß abgelehnt.

Der Schriftleiter der „Weltbühne“, VON OSSIETZKY, war am 23. November 1931 vom Reichsgericht wegen angeblichen Verrats militärischer Geheimnisse zu einjährig Gefängnis verurteilt worden. Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. APFEL, hatte daraufhin beim Reichspräsidenten beantragt, die Strafe in Festungshaft umzuwandeln. Dieses Gesuch war u. a. von Reichstagspräsident LÖBE, Gewerkschaftsführer LEIPART und Prof. SCHÜCKING unterstützt worden. Der Oberreichsanwalt hat nun dem Verteidiger mitgeteilt, daß der Reichspräsident das Gnadengesuch abgelehnt hat.

HINDENBURG glaubt also wohl, daß Urteile des Reichsgerichts nicht korrigiert zu werden brauchen! Hoffentlich kuriert ihn von diesem Aberglauben sehr bald die bevorstehende Hauptverhandlung im Wiederaufnahmeverfahren BULLERJAHN. — Die Umwandlung in Festungshaft hätte natürlich das Unrecht nur gemildert, nicht aus der Welt geschafft.

„Ihr laßt den Armen schuldig werden . . .!“

B. R. In der heutigen Gesellschaftsordnung ist eine Klasse von Menschen, die Proletarier, von vornherein und ohne eigene Schuld schwerer durch die Lebensnot belastet als die andere, die kapitalistische Klasse. Je schwerer aber der Druck widriger Umstände den Willen eines Menschen belastet, und je weniger eine vernünftige Erziehung und eine vernünftige Gesellschaftsordnung den Willen zum Guten kräftigen, um so weniger sind wir berechtigt, den Stab über einem Menschen zu brechen, der die Gesetze übertritt. Darum sind viele, ja wohl die meisten Menschen, die heute als „Verbrecher“ aufgegriffen und abgeurteilt werden, in Wahrheit gar keine Verbrecher.

Ein besonders offensichtlicher und erschütternder Fall dieser Art liegt dem kürzlich von MANES SPERBER in der „Deutschen Zeitschrift für Wohlfahrtspflege“ Nr. 11 wiedergegebenen Gutachten zu Grunde.

Der Angeklagte, auf den das Gutachten sich bezieht, ist 21 Jahre alt. Als er zur Welt kommt, sitzt sein Vater wegen Bettelrei im Gefängnis. Das Kind wächst in unglaublich ärmlichen Verhältnissen auf, in einer großen, ständig wachsenden Familie, die vom Vater in der Hauptsache durch verlogene Bettelbriefe ernährt wird. Es ist oft krank, vor allem eine langwierige Hautkrankheit drückt es seelisch nieder. Noch nicht neun Jahre alt, wird der Junge vom Vater auf Bettelgänge geschickt, wo er sich vor jeder Türe demütigen muß und lernt, daß man sich durch systematisches Lügen beträchtliche Vorteile verschaffen kann. Einen Beruf lernt er nicht. Er wird Page, zuerst auf einem gräflichen Gut, dann in einem Berliner Café Unter den Linden. Hier lernt er die andere Seite des Lebens aus eigener Anschauung kennen. Während in seiner Familie Elend und Krankheit wüten, der Vater nach achtjährigem Krankenlager an Tuberkulose stirbt und vier andere Familienmitglieder an offener Tuberkulose leiden, ein Bruder wegen langer Arbeitslosigkeit einen Selbstmordversuch unternimmt, lernt er das Leben der Menschen kennen, die nicht arbeiten und doch im Luxus leben. An diesen Erlebnissen gewinnt die Weltanschauung, deren Grund durch den Vater gelegt worden war, feste Gestalt:

„Sein Ideal erscheint realisiert, wenn er sich bewiesen hat, daß er sein Ausgangsmilieu verlassen hat, daß er nicht arbeiten muß, um leben zu können wie die leben, denen er als Page in einem Café „Unter den Linden“ die Türen geöffnet

hat. . . . Er ist ein verhandelter Bürger, dem der Weg, ein Bürger zu werden, auf Grund der gesellschaftlichen Gesetze versperrt ist.“

Er findet in jenen Kreisen Skrupellosigkeit und Wohlleben vereint, warum soll nicht er, denkt er, der intelligent und gewandt ist, sich mit solchen Mitteln ein leichteres Leben schaffen?

Nun sitzt er als 21jähriger bereits zum dritten Male auf der Anklagebank. Was soll mit ihm geschehen? Der Gutachter, der den Fall mit Einsicht und Ehrlichkeit untersucht, sagt:

„Würde WALTER HEINRICH freigesprochen werden, so würde dies an sich nichts anderes bedeuten, als ihn weiter einer Entwicklung überlassen, die weder für ihn noch für seine Umwelt günstig sein wird. . . . WALTER HEINRICH muß erzogen werden. Diese Erziehung . . . im Rahmen eines Fürsorgeerziehungsheimes oder einer ähnlichen Institution durchzuführen, erscheint uns . . . unmöglich, da sich in einer Anzahl von gerichtsnörrischen Fällen erwiesen hat, daß die Fürsorgeerziehung in ihrer Aufgabe, seelisch und ökonomisch verwahrloste Jugendliche zu normalisieren, versagt hat. Welches ist also der Weg? Die Antwort ist sehr schwer. Nicht deshalb, weil etwa WALTER HEINRICH unrettbar verloren ist, sondern weil es in Deutschland keine Institution gibt, die diese Art seelischer Verwahrlosung erfolgreich, d. h. mit pädagogischen Mitteln, bekämpfen und beheben könnte.“

Man wundert sich, daß dieses vernichtende Urteil über die deutsche Fürsorgeerziehung, das man selbst als Sozialist für übertrieben halten möchte, wenn es nicht ein Fachmann ausgesprochen hätte, keine Sensation erregt hat. Diese Tatsache ist wohl nur damit zu erklären, daß das Urteil vollkommen stimmt und allen Fürsorgern, die es kennen lernten, so geläufig ist, daß sie sich seiner Tragweite nicht mehr bewußt werden. Die ganze Jugendfürsorge der kapitalistischen Gesellschaft ist nichts als ein Pflasterchen auf seiner weiter schwärenden Wunde, ein Pflasterchen, dessen Besetzung die herrschenden Zustände nicht wesentlich verschlechtern würde.

Für uns Sozialisten eine Mahnung, daß wir uns nicht darauf beschränken, die Not der gewiß beklagenswerten Opfer dieser entsetzlichen Gesellschaftsordnung zu lindern, sondern unsere Kräfte anzuspannen, um vor allem diese Gesellschaftsordnung selber zu ändern.

Auch eine Amtshandlung.

W. K. In Kornenburg (Oesterreich) hörte der Schulwart SCHMIDT bei einem Gang durch das Schulgebäude aus einem

Klassenzimmer jämmerliches Kindergeschrei. Er lief in die Klasse, sah wie ein Lehrer einen Jungen verprügelte und rief in höchster Erregung aus: „Da werden Kinder gewürgt, mißhandelt. Ich kann das nicht mehr mit anhören. . . .“

Was geschah?

Der Lehrer verklagte den Schulwart wegen Beleidigung; der Staatsanwalt verklagte ihn wegen Einmischung in eine Amtshandlung. Tatsächlich wurde SCHMIDT wegen Einmischung in eine Amtshandlung zu 30 Schilling Geldstrafe verurteilt, der Berufungssenat des Kreisgerichts Kornenburg bestätigte das Urteil.

In gleicher Weise.

B. und F. Ein Uhrenfabrikant aus R. besitzt in E. zwei Villen. Die eine große Villa ist unbewohnt. Den ganzen Winter wird sie mit elektrischen Oefen geheizt, damit die Leitungsröhre nicht brechen und die Möbel nicht leiden. Der kleine Sohn des Fabrikanten erzählte seinen Kameraden, daß in seines Vaters Fabrik alle, vom Fabrikanten bis zum Arbeiter, in gleicher Weise, nämlich um 15 Prozent ihres Einkommens abgebaut seien, und daß die Familie sich nun sehr einschränken müsse. Das tut sie so: Die Kinder des Fabrikbesitzers haben eine Gouvernante. Im bewohnten Hause arbeiten eine Hausdame, ein Hausmädchen, ein Diener, ein Chauffeur, eine Reinmachefrau, eine Waschfrau, eine Näherin, ein alter Botengänger, ein Gärtner.

Eine sechsköpfige Erwerbslosenfamilie mit gutem Durchschnittseinkommen aus der gleichen Stadt erhält wöchentlich folgendes Geld: der Vater 5 Mark Erwerbslosenunterstützung und 7 Mark Militärrente, eine Tochter bei zwei- bis dreitägiger Fabrikarbeit 6 Mark, ein Lehrling 4 Mark, eine Tochter und ein ausgesteuerter Sohn von über 20 Jahren nichts. Das macht zusammen 22 Mark die Woche.

Das ZK hat schon.

In einer sozialistischen Studentengruppe. Der Referent des Abends ist ohne Mitteilung ausgeblieben. Es schlägt jemand vor, die Frage, ob sich das chinesische Proletariat gegen Japan verteidigen soll, zur Diskussion zu stellen. Gelächter. Dazwischen die Stimme eines kommunistischen Studenten: „Das brauchen wir nicht mehr! Das ZK hat bereits seine Beschlüsse gefaßt!“ Ein anderer: „Wir können die chinesische Politik nicht beeinflussen!“

Weitere Massenkündigungen in Ostoberschlesien.

a Kattowitz, 1. April.

Durch eine Entscheidung des Demobilisierungskommissars ist die völlige Stilllegung der Wolfgang-Grube zwar verhindert worden, doch wurde die Genehmigung zur Entlassung von 1050 Arbeitern erteilt, so daß die Belegschaft um die Hälfte vermindert wird.

Neuerdings sind wieder Anträge auf weitere Massenentlassungen eingegangen. So will die Gotthard-Grube in Orzegow 1900 Arbeiter entlassen. Ferner sollen größere Entlassungen auf der Paul-Grube in Morgenroth, auf der Litandra-Grube in Friedenshütte und auf der Hildebrandt-Grube in Neudorf vorgenommen werden. Ebenso sind Kündigungen in den Eisen- und Zinkhütten vorgenommen worden. Sämtliche Angestellte der Zinkhütte Lipina erhielten die Kündigung. Am 15. April soll die Silesia-Hütte endgültig geschlossen werden. Ebenso sind die Beamten der Ferrum-Werke und ein Teil der Belegschaft der Bismarck- und Falvo-Hütten vorsorglich zum 30. Juni gekündigt worden. Auch in Sosnowitz ist der gesamten Belegschaft der Katharinenhütte die Kündigung zugestellt worden.

Die polnische Presse bezeichnet diese neuen Maßnahmen der Industrieverwaltungen als den endgültigen Zusammenbruch der ostoberschlesischen Industrie.

Betriebsratswahl auf Zeche Radbod. Rückgang der RGO.

Auf der Zeche Radbod bei Hamm fand eine Neuwahl der Betriebsvertretung statt. Sie hatte folgendes Ergebnis: freie Gewerkschaften 451 Stimmen (im Vorjahre 513), Verlust 11,5 Prozent, christliche Gewerkschaften 452 (im Vorjahre 524), Verlust 13,7 Prozent, Revolutionäre Gewerkschaftsopposition 460 Stimmen (im Vorjahre 853), Verlust 46 Prozent, Hirsch-Duncker keine (im Vorjahre 23 Stimmen), Gelbe 95 Stimmen (im Vorjahre 55), Nationalsozialisten 15 (im Vorjahre keine). Während also die RGO im Vorjahr noch 43,3 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinte, die freien Gewerkschaften nur 26,2 Prozent, die christlichen Gewerkschaften 26,5 Prozent, entfielen auf diese drei Gruppen in diesem Jahre je 30 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Das Anwachsen der Gelben war besonders stark in der Beamtenschaft, in der der AFA-Bund 8 Stimmen, die gelbe Beamtenschaft dagegen 92 Stimmen erhielt.

Die Gesamtzahl der Stimmen ist um rund 500 kleiner als im Vorjahr.

Hirsch-Duncker-Gewerkschaften fordern Notverordnung gegen Mehrarbeit.

Der Gewerkschaftsring (HIRSCH-DUNCKER) richtete an das Reichsarbeitsministerium eine Eingabe, in der er unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung seiner Forderung nach einer wesentlichen Verkürzung der Arbeitszeit eine wirksame Beschränkung der Mehrarbeit durch Erlass einer Notverordnung fordert.

Wo bleibt das führende Vorgehen der freien Gewerkschaften in derartigen Fragen?

Zusammenstöße von Kommunisten mit Polizei.

o Hohenlimburg, 1. April.

Bei der Beerdigung des erschossenen Arbeiters Tuczynk kam es zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten

und der Polizei. In dem Stadtteil Oege hatten sich ungefähr 2000 Kommunisten versammelt, um von dort aus geschlossen mit Fahnen zum Krankenhaus zu marschieren. Sie widersetzten sich den Aufforderungen der Polizei, die Fahnen, die sie trotz des Verbots mitführten, einzurollen. Das Ueberfallkommando Hagen wurde alarmiert. Es gab auf beiden Seiten Verletzte.

Finanznot der Gemeinden. Drohende Zahlungseinstellungen.

Die monatlichen Kosten der deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände für die Erwerbslosenfürsorge betragen gegenwärtig insgesamt etwa 93 Mill. Mark, während die Einnahmen aus der Einkommen- und Körperschaftsteuer nur noch 55 Mill. Mark monatlich betragen. Diese Ueberweisungssteuern machten vor zwei Jahren noch das Fünffache der Erwerbslosenkosten aus.

Die wachsenden Kassenschwierigkeiten nötigen die Gemeinden immer mehr, alle Einnahmen für die Zahlung von Unterstützungen, Gehältern und Löhnen in Anspruch zu nehmen. Die Nichterfüllung des Schuldendienstes bei den kurzfristigen Kommunalschulden, die Nichtzahlung des Gemeindefünftels an der Krisenfürsorge, die Verzögerung in der Ablieferung der Staatssteuern und sonstige Zahlungseinstellungen der Gemeinden können nicht ohne Rückwirkungen auf die private und die öffentliche Wirtschaft bleiben.

Internationaler Hilfsdienst.

E. Ir. Berlin, 1. April.

In einer Versammlung der „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit“ sprach OTTO WEISER über den internationalen Hilfsdienst, der ausgedehnt von einigen Schweizer Kriegsdienstverweigerern, namentlich in ganz Europa Freunde und Anhänger gefunden hat. Das Ziel dieser Organisation ist, den internationalen Hilfsdienst an die Stelle des Kriegsdienstes zu setzen. Das zerstörende Gewehr soll ersetzt werden durch den Spaten, der Hilfe bringt und aufbauende Arbeit leistet.

Der Hilfsdienst hat bisher mitgearbeitet im Fürstentum Liechtenstein nach einer Ueberschwemmung; danach bei der Unwetterkatastrophe in Südfrankreich. Ferner ist durch den Hilfsbund eine Alb in der Schweiz aufgerodet, und in Südwales ein Müllablageplatz in einen Park umgewandelt worden. Viele erfreuliche Einzelheiten über diese Arbeiten bekam man in der gestrigen Versammlung von einem Teilnehmer an diesen Arbeiten zu hören. Die Arbeiten sind von Angehörigen der wichtigsten europäischen und amerikanischen Nationen geleistet worden, die dadurch ihre internationale Solidarität beweisen wollten.

Es ist nicht zu bestreiten, daß hier von ernsthaften Menschen der Versuch gemacht wird, aufbauende Friedensarbeit zu leisten. — Doch es drängt sich die Frage auf: Was nützt

Ein Kochlehrgang

findet am Montag und Dienstag (4. und 5. April), abends 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engolufer 24/25, statt. Der Kursus umfaßt Zubereitung von Frischkost aus Gemüse und Früchten, Gemüse-Dampfkost, Salate, Tunken, Elockenspeise, Nachtischgericht, vegetarische Brotgerichte und Obstgerichte. Die Teilnehmer zahlen 1,20 M. Kursgebühr, 1,20 M. für getarische Ernährung sei nicht schmackhaft und zu teuer. Er soll zeigen, wie man auf einfache Art wohlgeschmeckende, nahrhafte und billige Gerichte in kürzester Zeit bereiten kann.

Es wird gebeten, einen kleinen Teller, Löffel und Glas mitzubringen, ebenso Bleistift und Papier zum Notieren von Rezepten.

Teilnehmerkarten (90 Pf. pro Person für beide Abende insgesamt, Kostproben eingeschlossen) sind bei M. u. A. Adorno, Köpenicker Straße 96, oder abends vor Beginn des Kurses erhältlich.

es. Land wieder fruchtbar zu machen, wenn vielleicht schon in einigen Tagen alles wieder ein Trümmerhaufen wird; denn die herrschenden Mächte und die Kriegsindustrie treiben gerade jetzt eine besonders intensive Kriegsbetriebe, mit der sie die Öffentlichkeit beherrschen und die Stimmen der Kriegsgegner übertönen. Wer heute den Frieden wirklich fördern will, der muß vorerst dafür arbeiten, daß die politischen Verhältnisse geändert werden, weil sonst alle mit noch so viel Hingebung aufgebaute Friedensarbeit mit einem Schlage vernichtet werden kann. — Bei alledem soll nicht bestritten werden, daß der internationale Hilfsdienst zu dieser politischen Arbeit eine wichtige pädagogische Vorarbeit leisten kann.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Samstag, den 3. April.

Leipzig:

11.30 Reichssendung einer BACH-Kantate.

19.30 KARL RADE: Ueber den Dächern von Shanghai.

Moskau (Wellenlänge 1304 m und 1481 m):

20.00 Außenpolitik der Bolschewiki bis zur Macht-ergreifung.

Montag, den 4. April.

Berlin:

16.05 MAX COHEN-RECSZ: Auflösung der Weltwirtschaft?

16.30 Orgelwerke für Klavier von BACH.

Hamburg:

Dr. KARL SCHRÖDER: Im Spiegel der Weltwirtschaft.

Leipzig:

20.00 Sinfonie-Konzert.

Moskau (Wellenlänge 1304 m und 1481 m):

20.00 Interview mit einem Bergarbeiter.

Dienstag, den 5. April.

Berlin:

14.00 Die besten Orchester der Welt (Schallplatten).

16.50 Bücherstunde: Bücher über Politik und Parteiwesen.

Hamburg:

17.30 H. MAASZ: Export nach Indien.

Königsberg:

18.25 A. GRUNWALD: Der Arbeitslohn als Wirtschaftsfaktor (Vergleiche dazu „Kostensenkung eine Machtfrage“ im „Funke“, Nr. 57, vom 8. März).

Königs wusterhausen:

18.25 Prof. SCHAEFER: Die großen Religionen des Orients und das Abendland.

Wien:

16.00 Prof. THOMAS: Die Welt der Spiralnebel.

BESTELLSCHHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name

Straße und Hausnummer

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

7. JAHRGANG 4. HEFT APRIL 1932

INHALT:

Völkerverständigung:

GRETE HERMANN:

Der Völkerbund.

MINNA SPECHT:

Briand.

Aussprüche Briands.

★

FRITZ GROB:

Gegen die Fraktionsarbeit in den Gewerkschaften.

★

WILLI EICHLER:

Arbeiterschaft und Wahlen.

Die Reichspräsidentenwahl

Die Landtagswahlen in Deutschland

★

Zum Nachdenken:

Die katholische Presse der Vereinigten Staaten.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes. Preis monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe.

internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

MAGDEBURG

Sonnenblumen-Öl

kalt abgepresst, daher vollwertiger. Bestes Speiseöl für Salate, zum Braten, Backen usw., milder Geschmack.

5-kg-Kanne 5,50 RM ab hier. Kanne 1,— RM Pfand.

Frischkost-Beiermhaus
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 104.

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung von Schreibmaschinen

A. H. TIMMERMANN

Hamburg, Barcastraße 8.

Telephon: 25 53 42

Arbeiterkinderhelm

Mützen a. d. Oertze, Kr.Celle, nimmt ab Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz 1,20 M., Kinder unter 10 Jahren 1,— M.

Etty Gräffe

Sprechapparate

Koffer □ Schatullen □ Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in allen Preislagen

Otto Pfothauer

Weimar, Röhrstraße 40

Verlangen Sie Angebote!

C. Lotze
Göttingen
Johannisstr. 2

Butter

Käse, Eier

Landbrot

Werbeprospekte Zeitungen Zeitschriften

bei billigster Preisberechnung druckt

A. Janiazowski

Buchdruckern und Verlag, GmbH

Berlin SO36, Billebeckerstr. 29, Fernruf: Sammelnummer FI Moritzplatz 547!

Das Zentrum gewinnt an Macht.

Eines Tages wird es seine Rechnung präsentieren.

Rüstet zum Kulturkampf!

Die Schrift:

Rettet die Kinder!

Herausgegeben von

Sozialistisch-dissidentischen Lehrer-Kampf-Bund

1.—5. Tausend / 32 Seiten / 50 Pf.

gehört zum Rüstzeug der Kirchengegner.

Denn sie vermittelt Kenntnis von kirchlichen Erfolgen und deren Ursachen.

Denn sie bringt Klarheit über die Ziele des Kulturkampfes.

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S14, Inselstr. 8a

Argentinien im Kampf mit der Krise.

h Buenos Aires, 1. April.
Der neugewählte argentinische Kongreß ist zusammengetreten und hat sich der Beratung des Staatshaushalts zugewandt, dessen Erledigung ausschlaggebende Bedeutung zukommt. Der Revolutionsregierung ist es infolge der Wirtschaftskrise trotz drakonischer Sparmaßnahmen und Erhebung neuer Steuern, darunter der Einkommensteuer, nicht gelungen, den Haushalt ins Gleichgewicht zu bringen. Vielmehr bleibt ein ungedeckter Fehlbetrag von 57 Millionen an rückständigen Gehältern und unbezahlten Rechnungen, die zum großen Teil von der früheren Regierung hinterlassen worden sind, in Höhe von 400 Millionen Pesos übrig. Dazu kommt eine schwebende Schuld in Höhe von 1,5 Milliarden Pesos. Der von der neuen Regierung vorgelegte Haushaltsplan soll sich mit 2770 Millionen Pesos ausgleichen. Die Kammer hat einen 19gliedrigen Ausschuß gebildet, der neue Abstriche vornehmen soll.

Irland kommt zur Weltreichskonferenz.

n Dublin, 2. April.
Der irische Freistaat hat die Einladung zur Weltreichskonferenz in Ottawa angenommen. Die Abordnung ist bereits ernannt worden. Die Zusage Irlands zur Teilnahme an der Konferenz zeigt, daß DE VALERA Wert auf den Abschluß von Handelsverträgen mit England und den Dominionen legt, und daß er hofft, die wirtschaftlichen Vorteile, die Irland als Mitglied des englischen Weltreiches genießt, weiter beibehalten zu können.

Das irische Finanzministerium hat die Meldung, daß die Einführung eines allgemeinen Zolltarifs von 33 1/2 Prozent geplant sei, als unrichtig bezeichnet. Richtig sei, daß die bestehenden Zölle teilweise praktisch bis zu einem Höchstsatz von 33 1/2 Prozent erhöht werden sollten. Die in Frage kommenden Zollsätze betreffen u. a. folgende Waren: Speck, Schuhwaren, Kleider, Baumaterialien, chemische Reinigungsmittel und Eisenwaren.

Der Industrie- und Handelsminister hat den Importeuren mitgeteilt, daß jedem Versuch, den erwarteten Zöllen durch Dumpings zuvor zu kommen, sofort mit scharfen Maßnahmen entgegengetreten werde, und daß im Notfall weitgehende Sonderzölle ohne jede Warnung sofort in Kraft gesetzt würden.

Auflösung der französischen Kammer.

k Paris, 1. April.
In der französischen Kammer erklärte der Kammerpräsident am Freitag mittag, die Legislaturperiode für beendet und die Kammer für aufgelöst. Auch der Senat wurde in die Ferien geschickt. Beide Häuser treten am 1. Juni wieder zusammen.

In der vorausgegangenen Sitzung setzte die Kammer die Beratungen des Haushaltsplanes fort und verabschiedete schließlich den Gesamthaushalt in dritter Lesung mit 435 gegen 135 Stimmen. Der Ministerpräsident sah sich bei dem Kapitel über die Pensionen der Lokomotivführer der Staatsbahn noch einmal gezwungen, die Vertrauensfrage zu stellen und erhielt eine Mehrheit von 45 Stimmen.

Wieder ein Raubüberfall auf eine Kasse.

b Altona, 1. April.
Am Freitag drangen drei Männer im Alter von 20 bis 30 Jahren in die Depositenkasse Ottensens des Bankvereins Schleswig-Holstein ein und raubten 8000 Mark. Ein Bankangestellter schildert: Mit dem Zuruf: Los an die Wand! zwangen sie uns, an der Wand aufstellung zu nehmen, und zwar mit hochgehobenen Händen und mit dem Gesicht zur Wand. Auch der einzige anwesende Kunde mußte sich neben uns stellen. Wer sich umdreht, wird erschossen. Die drei entkamen unerkannt.

Der Parteitag der KPF.

R. B. Paris, 27. März.
Vor einer Woche tagte in Paris der Parteitag der Kommunistischen Partei Frankreichs.

„Abnahme der Mitgliederzahl? Bezirke, die im Jahre 1928: 1500 Mitglieder hatten, melden in diesem Jahr 450 Mitglieder; andere, die 1928 noch 11 000 zählten, haben jetzt nur 6000.“

„Nicht genügend Kampf gegen den Krieg.“

„Nicht genügend internationaler Geist.“
Wir haben „im Jahre 1931 unsere Genossen von Indochina im Stich gelassen. Sie haben große Schwierigkeiten, wir haben nichts getan, ihnen zu helfen.“

„Die Streiks überraschten uns.“
Die Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft sind bis aufs Äußerste mechanisiert.“

„Wir neigen zu sehr dazu, uns auf die Spontaneität der Massen zu verlassen und vernachlässigen die Teilforderungen.“

So äußerte sich der Führer der KPF über die Tätigkeit der Kommunisten während der vergangenen Jahre. Die Kritik ist hart; aber sie ist richtig. Daraus erklärt sich auch zum Teil der Niedergang der Kommunistischen Partei Frankreichs und ihrer Gewerkschaftsbewegung.

Hat der Parteitag nach tieferen Ursachen dieser Mängel gesucht, und nach Wegen, sie abzustellen? Nein! Die Gewerkschaftstaktik, die darin besteht, daß die Partei die Gewerkschaften leitet, und die dazu führte, daß die Gewerkschaften kommunistische Parteiateilungen wurden, ist nicht geändert worden. Man hat sogar die Notwendigkeit einer Gewerkschaftsopposition innerhalb der CGT (der freien Gewerkschaften) betont; dies trotz der Mißerfolge in Deutschland.

Die starre Wahltaktik, gemäß der man in keinem Fall bereit ist, mit der Sozialdemokratie ein Wahl-Bündnis zu schließen, um so die Reaktion zu schlagen, hat man ebenfalls beibehalten. Auf Grund dieser Taktik wurden bei den vorigen Kammerwahlen der Reaktion 40 Sitze geschenkt. Auch daraus hat man nichts gelernt.

Einige ideologische Verbesserungen machte man immerhin: vor zwei Jahren hatte die KPF verkündet, daß eine revolutionäre Situation da wäre, und daß die Sozialdemokratie bald zusammenbrechen würde. „Wir werden auf Grund der heutigen Situation alle Streiks führen.“ Kammer und Regierung bezeichnete man als faschistisch. Diese Ansichten wurden von einer Gruppe innerhalb der KPF vertreten, die die Leitung der Partei an sich gerissen hatte. Heute ist diese Gruppe kaltgestellt. Einer aus ihr erkannte die Ansichten, die er bisher vertreten hatte, als fehlerhaft an und rief zum Kampf gegen die ehemalige herrschende Meinung und deren Vertreter auf. Sicher ist es ein Fortschritt, daß man die oben geschilderten Ansichten für falsch erkannte. Aber man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als habe man nur nach einen Stündenbock gesucht, um alle Mißerfolge der vergangenen Zeit zu entschuldigen. Die der Kritik entsprechende Aenderung der Taktik wurde nicht beschlossen.

Die Debatten auf dem Parteitag waren trostlos; keine Kritik, die sich gegen den Parteivorstand richtete. Das ist das erste Mal in der Geschichte der französischen KPF, daß ein Parteitag ohne lebhaftes Diskussion verlief.

Ein weiteres Zeichen für die Schwäche der KPF ist, daß man nicht wie auf anderen Parteitagen die Gesamtzahl der Mitglieder bekanntgab, sondern nur die Zahl der Neuaufnahmen.

Dieser Parteitag hat wie noch keiner gezeigt, daß die KPF jetzt nicht in der Lage ist, das revolutionäre Proletariat zu führen.

Quittung

über Spenden für den Pressefonds des „Funken“.
E. S. in D. 1.— M.; E. S. in S. 3.— M.; P. G. in B. 3.— M.; G. II. in B. 5,09 M.; H. S. in K. 1.— M.; Sammlung S. 100 Lewa; R. L. in B. 47.— M.; S. F. in K. 30.— M.; E. B. in J. 20.— M.; A. B. in K. 15.— M.; H. W. in K. 30.— M.; W. F. in K. 100 M.; E. L. in K. 4,50 M.; T. S. in K. 60.— M.; E. S. in K. 6.— M.; M. F. in G. 5.— M.; H. L. in M. 16,50 M.; II. S. in B. 15.— M.; H. S. in B. 3,50 M.
Wir danken allen Spendern herzlich und bitten, die Bemühungen um Stärkung des Pressefonds fortzusetzen.

Zum zweiten Wahlgang. Die Präsidentschaftskandidaten.

h Berlin, 1. April.
Wie der Reichswahlleiter mitteilt, kommen für den zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl nur die drei Kandidaturen HINDENBURG, HITLER und THÄLMANN in Frage.

Sondertermin für „Graf Zeppelin“.

h Berlin, 1. April.
Wie für Seeleute, so ist auch für die Besatzung des „Graf Zeppelin“ ein Sondertermin für den zweiten Wahlgang festgesetzt worden. Der Besatzung wird am 3. April, vor dem Start zur zweiten Südamerikafahrt, Gelegenheit gegeben, im Luftschiffhafen Friedrichshafen abzustimmen. Die Stimmen werden am 10. April mit den Stimmen eines Stimmbezirks in Friedrichshafen ausgezählt.

Vom 3. bis 9. April kein Demonstrationsverbot.

Anordnung des preußischen Innenministers.
h Berlin, 1. April.
„In Abweichung von der Bestimmung des Abs. 4 der Anordnung betreffend das Verbot von Versammlungen und Umzügen unter freiem Himmel vom 31. Oktober 1931 (Preuß. Gesetzsammlung S. 225, MBl. f. d. i. V., S. 1125) ermächtige ich die Regierungspräsidenten, für die Stadt Berlin den Polizeipräsidenten, in der Zeit vom 3. April 1932, 12 Uhr mittags, bis zum 9. April 1932 auch für politische Versammlungen und Umzüge unter freiem Himmel auf spätestens 24 Stunden vorher gestellte schriftliche Anträge Ausnahmen zuzulassen, sofern der friedliche und ungefährliche Ablauf der Versammlung gewährleistet erscheint und sonstige Bedenken gegen die Abhaltung der Versammlung nicht bestehen. Mehrere gleichzeitige Versammlungen verschiedener Organisationen am gleichen Ort sind nur zu gestatten, wenn die Sicherheit gegeben ist, daß die Versammlungen sich räumlich in keiner Weise berühren.“

Die Anordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.
gez.: SEVERING.“

Pollzelverordnung für den Berliner Wahlkampf.

h Berlin, 1. April.
Der Polizeipräsident hat folgende Anordnungen getroffen (gültig ab Sonntag, 3. April, 12 Uhr mittags):
„1. Demonstrationen unter freiem Himmel, Aufzüge, Aufmärsche und Versammlungen unter freiem Himmel sind nur bis Freitag, 8. April, gestattet. Vom Sonnabend, 9. April, ab können keinerlei derartige Veranstaltungen mehr genehmigt werden.“

Es werden grundsätzlich nur zentrale Veranstaltungen mit An- und Abmärschen genehmigt, gleichgültig, wo sie veranstaltet werden. Kleinere Aufzüge und Aufmärsche in den verschiedenen Stadtteilen bleiben untersagt. Demonstrationen und Aufmärsche können entrollte Fahnen mit sich führen, doch bleibt die Mitnahme von Transparenten aller Art verboten. Umzüge mit Kraftwagen werden nicht genehmigt.

2. Bekanntgabe von Wahlergebnissen. Die Bekanntgabe von Wahlergebnissen auf der Straße durch Anschlag, Lichtreklame oder Aushang in den Schaufenstern, Mitteilungen durch Lautsprecher und dergleichen bleiben nach wie vor verboten. Die diesbezüglichen Anordnungen, die für den ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl ergangen sind, bleiben in Kraft.

3. Warnung vor Versammlungsstörungen. Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß ordnungsgemäß angemeldete und friedlich verlaufende Versammlungen unter besonderem polizeilichem Schutz stehen. Sollte Versammlungsstörung von Anhängern irgend einer Partei versucht werden, so hat die betreffende Partei mit dem Verbot ihrer eigenen weiteren Versammlungen bestimmt zu rechnen.

4. Verhalten vor den Abstimmungslokalen. Vor den Abstimmungslokalen und in den Abstimmungslokalen können Ansammlungen nichtbefugter Personen nicht geduldet werden. Plakatträger mit Werbeplakaten müssen allein stehen und dürfen sich nicht in Begleitung mehrerer Personen befinden.“

WAHN-EUROPA 1934. VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berlin

(77. Fortsetzung.)

Der Aufmarsch der französischen Luftstreitkräfte war in heimlicher Mobilmachung schon bei Ausbruch des Generalstreikes planmäßig vollzogen gewesen. Vom Golf du Lion bis zum Pas de Calais standen die französischen Luftarmeen zur Abwehr und zum Angriff bereit.

Die I. Armee, in drei Gruppen im Gebiet von Marseille, an der unteren Durance und bei Grenoble versammelt, bestand aus achthundert Kampffliegern und Aufklärern. Sie hatte die Aufgabe, italienische Invasionsgeschwader anzugreifen und zu vernichten.

Die II. Armee, als „Invasionsarmee“ bezeichnet, war dazu bestimmt, die Bombenangriffe auf das italienische Landesgebiet durchzuführen. Sie gliederte sich in drei Gruppen:

Die erste Gruppe, zweihundertdreißig Kampfflieger und zweihundert Bombenflugzeuge, war auf Korsika zusammengezogen. Sie sollte Rom und Florenz und die Eisenbahnen in Mittelitalien zerstören.

Die zweite Gruppe, an der unteren Rhone, zählte vierhundert Kampfflugzeuge und dreihundertsechzig Bombenflugzeuge; sie hatte die wichtigste Aufgabe: die Verwüstung Genuas und der westlichen Po-Ebene. Der Befehl für diese Gruppe lautete in kategorischer Form: „In Genua und im Gebiet des Po-Laufes muß menschliches Leben aufhören!“

Die dritte Gruppe der Invasionsarmee lauerte mit zweihundert Kampffliegern und hundertsiebenzig Bombenfliegern zwischen Valence und Grenoble; sie sollte den Angriff über die Alpen gleichfalls in die Po-Ebene tragen, besonders auch Mailand vernichten.

Eine Spezialgruppe stand noch bei Ancey mit dreißig Kampffliegern und fünfzehn Bombenfliegern, mit dem Auftrag, die wichtige Bahn Trient-Brenner zu zerstören.

Hinter der Invasionsarmee war die Deckungsarmee aufmarschiert. Sie war mit sechshundertzwanzig Kampffliegern und Aufklärern in die Linie Montpellier-Montélimar-Lyon versammelt; sie hatte etwa durchbrechende feindliche Geschwader abzufangen.

An der oberen Loire stand noch eine Reserve von zweihundert Bombenflugzeugen und zweihundertsiebenzig Kampfflugzeugen.

Im Elsaß zwischen Mühlhausen und Straßburg wartete eine Gruppe von dreihundert Bombenfliegern und vierhundertzwanzig Kampffliegern auf das Signal zum Einbruch nach Süddeutschland und Oesterreich. Weiter nördlich, entlang der deutsch-französischen Grenze, weitere fünfhundert Maschinen. In Belgien schlossen sich die Verbündeten mit achthundert Fliegern an.

Zweitausend Kampfflieger waren über ganz Frankreich verteilt, um die örtliche Luftabwehr zu unterstützen. Viertausend Flugzeuge waren dem Landheer und der Marine zugeteilt.

Zwölf Uhr vierzig nachts erhielt das Hauptquartier der Luftstreitkräfte die Funkmeldung aus Nizza, daß mehrere italienische Flieger Mentone bombardierten. Ohne Weisung aus Paris abzuwarten, hatte der Oberkommandierende dreißig Kampfflieger an die Riviera vorgeworfen. Sie stießen über Fréjus mit überlegenen Feindkräften zusammen, elf Maschinen wurden abgeschossen, der Rest übers Meer gejagt.

Ein Uhr zehn traf aus Paris der Angriffsbefehl des Generalstabes ein.

Da begann die Luft über dem mond hellen Rhonebecken geisterhaft zu erzittern. Die Angriffsflotte startete! Welle auf Welle rauschte in die Mondnacht.

Voraus schossen fünfundzwanzig unbemannte Maschinen, mit schwersten Bomben beladen; sie flogen ohne Menschenhilfe in vorher errechneter Richtung und sollten automatisch Zentner von Giftgasen über Rom und Mittelitalien regnen lassen. Diesen Geistermaschinen folgten dreißig noch schrecklichere Ungeheuer. Sie waren ebenfalls ohne Besatzung; ihr Kurs wurde radiotelegraphisch geleitet. Im französischen Hauptquartier konnte jeden Augenblick der ungefähre Stand-

ort dieser Mordmaschinen festgestellt und der Abwurf der Bomben veranlaßt werden.

Erst dann, hinter diesem teuflischen Schleier, der die Avantgarde des Todes bildete, stieß die Angriffsarmee nach. Voraus preschten die leichten Aufklärer, deren Funkanlagen den aufgestöberten Feind melden sollten.

Unter dem Schutz der Angriffsarmee setzten sich nun die Gruppen der Invasionsarmee in Bewegung. Sie hatten Befehl, jedem Luftkampf auszuweichen, denn sie sollten ihre Gift- und Brandbomben an die Lebenszentren Italiens herbringen.

Von Korsika her brausten wie Schwärme gieriger Raubvögel mehr als vierhundert Flugzeuge gegen die Küste Mittelitaliens. Die beiden anderen Gruppen der Invasionsarmee rasten auf zweifachem Wege ihren Zielen entgegen; die eine Gruppe zunächst mit Südkurs, um das Meer zu gewinnen, dann nach Osten auf Genua einzuschwenken, vorbei an der Luftschlacht, die sich in der südlichen Provence mit Wahrscheinlichkeit entwickeln mußte: die andre Gruppe in vielen Wellen und in großen Höhen über die Alpenkette hinüber nach Osten.

Die vordersten Geschwader der Angriffsarmee vernahmen schon wenige Minuten nach dem Start dröhnendes Geschützfeuer in der Ferne. Es kam aus der Richtung von Toulon. Die Abwehrgeschütze des Kriegshafens standen anscheinend schon im Kampf mit den Angreifern.

In einer Frontbreite von mehr als hundert Kilometern tosten die französischen Flieger heran, den gemeldeten feindlichen Geschwadern entgegen. Wellen hinter Wellen, Wellen übereinander. Orkanartiges Brausen, heulende Motore. Die Mondscheibe hing grinsend zwischen den Wolken.

Von Osten und Süden her quoll es den Franzosen entgegen. Silbrige Silhouetten mit dumpfem Flügelauschen. Kanonendonner rollte von der Küste her, die der Feind längst beherrschte. Vor der französischen Luftfront zuckten die italienischen Aufklärer auf, verschwanden wieder im Mondflimmern. Leuchtsignale zischten in die Nacht. Maschinen-gewehre knatterten, verstummten.

Plötzlich schien der Himmel einzustürzen. Große Teile der beiderseitigen Luftflotten waren aufeinandergeprallt. Die Luftschlacht entbrannte. (Fortsetzung folgt.)

Agrarpolitik in Zahlen.

Die Bauern melden sich zum Wort.

Die „Deutsche Bauernschaft“ hat sich in großagrarisches Kreisen erfreulich unbeliebt gemacht durch die Veröffentlichung von 56 Seiten „Agrarpolitik in Zahlen“ (Verlag der „Deutschen Bauernschaft“, Berlin N 24, Monbijouplatz 3). „Tendenzschrift!“, ruft einstimmig die großagrarisches Presse. In der „Landwirtschaftlichen Wochenschau“ lesen wir, die Deutsche Bauernschaft habe durch die Veröffentlichung bewiesen, „daß ihr an einer wirklichen Förderung der Agrarpolitik nichts liegt, daß vielmehr ihr Bestreben darauf gerichtet war, einen Keil in die Einheitsfront des Landvolkes zu treiben, indem sie darzustellen versuchte, als verträte die heutige Agrarpolitik, wie sie von der Grünen Front gefordert wird, nur die Interessen des Großgrundbesitzes“.

Die Leser des „Funkens“ wissen: Man braucht keine Tatsachen zu verdrehen, — es genügt, sie tendenzlos darzustellen, um klarzumachen: Alles Gerede von grüner Einheitsfront ist nichts als der Versuch des Bauernfanges: die heutige Agrarpolitik vertritt tatsächlich nur die Interessen der Großgrundbesitzer.

Endlich wird dies in einer systematisch aufgebauten Schrift gezeigt, die aus bäuerlichen Kreisen stammt. Ihre Verfasser sind sehr behutsam und vorsichtig. Kein leidenschaftliches Wort der Empörung gegenüber den Großgrundbesitzern. Kein scharfes Wort gegenüber der Regierung, die nur deren Interessen vertritt. Der schärfste (!) Satz lautet so zahn: „Pflanzliche Nahrungs- und Futtermittel (Produktionsmittel der bäuerlichen Veredlungswirtschaft) gehen in ihrer Preistendenz dank des ihnen von SCHIELES Agrarpolitik gewährten starken Zollschatzes nach oben, die Produkte der bäuerlichen Veredlungswirtschaft sinken seit 1930 immer mehr nach unten.“

Das einfache grüne Heft gibt eine ruhige, phrasenlose Feststellung von Tatsachen. Auf den Leser, der sich die Mühe nimmt, die 56 Seiten wirklich zu studieren, wirkt gerade diese schmucklose, durch graphische Darstellungen unterstützte Zusammenstellung von statistischem Material. (Wir geben im folgenden einige Proben.) Der Leser fragt sich: Wann werden die Bauernmassen die hier klagelogen Zusammenhänge sehen? Wann werden sie sich ihrer Kraft bewußt werden? Wann werden sie, ähnlich wie heute ihre berufenen Vertreter ohne Phrasen schreiben, ohne Phrasen handeln? Und: Wann werden sie der Arbeiterschaft die Hand reichen zum Kampf gegen die gemeinsamen Ausbeuter?

Groß- und Kleinbetriebe

0,4 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe Deutschlands sind Großbetriebe (über 100 Hektar). Sie besitzen 20 Prozent der landwirtschaftlich benutzten Fläche. In ihnen arbeiten nur 7 Prozent der in der Landwirtschaft Beschäftigten.

Die Großbetriebe erzeugen 70 Prozent der Ackerprodukte und nur 20 Prozent der Veredelungsprodukte. In den Großbetrieben werden gehalten nur 3 Prozent des Geflügels, 7 Prozent der Schweine, 10 Prozent des Rindviehs.

Diesen Tatbestand sollte jeder kennen, ehe er ein Wort über Agrarpolitik redet.

Die Bauernschere.

Ende 1931 kosteten die Futtermittel 7 Prozent mehr als im März 1930. Der Bauer erlöste aber für Vieh 44 Prozent, für Viehprodukte 24 Prozent weniger als im März 1930. Die „Bauernschere“ ist also weit geöffnet: Kosten und Erlös klaffen auseinander.

Im Dezember 1931 betrugen die Preise für Agrarprodukte in Prozenten der Preise von 1913:

Pflanzliche Erzeugnisse:

Roggen, märk., Berlin	129
Weizen, märk., Berlin	121
Futtergerste, märk., Berlin	118
Zucker, Magdeburg	181

Tierische Erzeugnisse:

Ochsen, Berlin	69
Kühe, Berlin	51
Schweine, Berlin	76
Kälber, München	64
Butter Ia, Berlin	84

Was der Bauer zu Markte bringt, sind vor allem tierische Erzeugnisse. Sie sind im Preis gesunken.

Und die Produktionskosten? Die Betriebe unter 20 Hektar müssen nach der Berechnung der Deutschen Bauernschaft 60 Prozent ihres Futtermittelbedarfs zu kaufen, etwa 7,4 Millionen Tonnen (die von uns in Nr. 14 veröffentlichte Schätzung BISSINGS liegt etwas höher: 8,9 Millionen Tonnen). Die Preise für Futtergetreide sind höher als 1913. Auch die meisten übrigen Kosten des Betriebes liegen über denen der Vorkriegszeit. (Eine Tatsache wird merkwürdigerweise in der Schrift verschwiegen: nämlich der Rückgang der Kunstdüngerpreise auf 71 Prozent der Vorkriegspreise; dieser Rückgang kommt übrigens den Großbetrieben mehr zu gute als den Kleinbetrieben, weil diese einen stärkeren Viehbestand, also auch mehr natürlichen Dünger pro Hektar haben.)

Noch einige Zahlen, die zeigen, wie weit die Bauernschere heute offensteht: Zur Anschaffung eines Pfluges im Werte von 100 Mark mußte der Bauer verkaufen:

	Schweine	Butter	Eier
1925	1,5 Zentner	58 Pfund	950 Stück
1928	1,9 Zentner	60 Pfund	1929: 650 Stück
1932	2,6 Zentner	100 Pfund	1700 Stück

Die ausländischen Konkurrenten sind wesentlich günstiger gestellt als die deutschen Bauern: Die Futterkosten pro Ei waren in Holland 1931 um 3,5 Pfennig niedriger als in Deutschland, in Dänemark um 3,3 Pfennig, in Ungarn um 2,9 Pfennig. Die Erzeugungskosten für Schweine waren im September 1931 in Deutschland um 180 Prozent höher als in Dänemark.

Wie kann die Bauernschere geschlossen werden?

In der „Agrarpolitik in Zahlen“ finden wir nur trockene Feststellungen wie diese: Die zollfreien Oelkuchen machen nur 10 Prozent des gesamten Futtermittelaufwandes aus. — Kleie war vor 1914 nicht mit Zoll belastet, jetzt beträgt der Kleiezoll 109 Prozent des Warenwertes. — Bei Futtergerste betrug die Zollbelastung 1913 nur 11 Prozent, 1931 jedoch 206 Prozent vom Warenwert.

Eine Forderung auf Senkung der Produktionskosten wird nicht ausgesprochen. Dem Leser wird aber auch ohne Worte klar, daß die Produktionskosten gesenkt werden müssen, wenn die Bauernschere sich schließen soll.

Besonders erfreulich ist unter der Überschrift „Die Entwicklungsmöglichkeiten der bäuerlichen Veredlungswirtschaft“ der Hinweis auf die Kaufkraft der Konsumenten. Wie sehr die verbrauchten Mengen an Eiern, Butter und Milch vom Wohlstand der Arbeiter, Angestellten und Beamten abhängen, wird in ähnlicher Weise gezeigt, wie wir das im „Funken“ Nr. 26 ausführlich getan haben.

Die Folgerung liegt auch hier auf der Hand: Sorgt für größeren Wohlstand bei Arbeitern, Angestellten und Beamten! Dann finden die Bauernprodukte besseren Absatz.

Arbeiter und Bauern.

Die „Agrarpolitik in Zahlen“ ist nicht nur geeignet, die Interessengegensätze zwischen Bauern und Großgrundbesitzern aufzuzeigen, sondern auch, die Interessengemeinschaft von Bauern und Arbeitern klarzustellen. Die Großgrundbesitzer sind der gemeinsame Gegner von Arbeitern und Bauern; den einen verteuern sie das Brot, den andern die Futtermittel. Die Behebung der Arbeitslosigkeit in den Städten, die Stärkung der

Massenkaukraft des Industrieproletariats, das sind gemeinsame Aufgaben für Arbeiter und Bauern.

Warum heute Arbeiter und Bauern in Deutschland keine gemeinsame Wirtschaftspolitik treiben, kommt nicht nur daher, daß die Großgrundbesitzer es verstanden haben, die Bauern vor ihren Wagen zu spannen, sondern auch daher, daß Arbeitervertreter es verstanden haben, die Bauern von sich abzustößen. Wir erinnern hier nur daran, daß 1895 auf dem Breslauer Parteitag der SPD ein bauernfreundliches Agrarprogramm abgelehnt wurde durch eine von KAUTSKY eingebrachte Resolution, die mit den Worten beginnt: „Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verwerfen. Denn dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht.“

Diese Worte sind nicht vergessen worden. Denn die Großagrariar tun natürlich das ihre, um sie nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Die Existenz der 19 000 deutschen Großgrundbesitzer hängt ja davon ab, ob es ihnen gelingt, die Kluft zwischen Bauern und Arbeitern immer von neuem aufzureißen, damit nur ja die Kluft zwischen Großagrariern und Bauern nicht erkannt wird!

Aussicht darauf, eine Einheitsfront von Bauern und Arbeitern herzustellen, hat nur eine Partei, die, wie der ISK, grundsätzlich (also nicht etwa, um ihrerseits Bauernfang zu treiben) dafür eintritt, das bäuerliche Privateigentum zu erhalten und zu festigen, durch Siedlung auf Großgrundbesitzerland neue Bauernstellen zu schaffen, und allen Bauern zu helfen bei Überwindung der Schäden, die ihnen durch die jahrzehntelange großagrarisches Interessenpolitik zugefügt worden sind.

Bäuerliche Agrarpolitik fordern können die Bauern und ihre Vertreter natürlich allein. Das grüne Heft, das zu diesen Zeilen den Anlaß gab, beweist das.

Bäuerliche Agrarpolitik durchführen werden aber nur Bauern und Arbeiter.

Hellmut Rauschenplat.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: R. Lippmann, Berlin. Verl.: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdruckerei u. Verlag GmbH, Berlin SO 30, Elisabethufer 28/29.

Landwirte in Ostpreußen.

Ein Gespräch.

Wir entnahmen der „Frankfurter Zeitung“ (Nr. 235/36, vom 30. März 1932) folgendes Gespräch, das einer ihrer Mitarbeiter mit Dr. MCNIER vom Landwirtschaftlichen Zentralinstitut in Königsberg hatte:

„Gibt es bei den heutigen Verhältnissen in Ostpreußen überhaupt noch Landwirte, die rentabel zu arbeiten verstehen?“

„Ja, es gibt einige.“

„Sind es besonders günstige Verhältnisse, unter denen diese Betriebe arbeiten, oder ist es die besondere Tüchtigkeit der betreffenden Landwirte, die diese Rentabilität möglich macht?“

„Ausschlaggebend ist immer der Mensch. Es gibt zwei Typen von Landwirten, die unter den heutigen Verhältnissen existenzfähig geblieben sind. Der eine sind die ganz altmodischen Wirtschaften, die fast ohne Kapital und fast nur für den eigenen Bedarf arbeiten. Der andere Typ sind die wenigen, die die fast künstlerische Begabung besitzen, intensiv zu wirtschaften mit dem richtigen Zusammenwirken von Mensch und Maschine, ohne in 100prozentige Mechanisierung zu verfallen.“

„Also lehnen sie die Mechanisierung durch Maschinen nicht ab?“

„Nein, keineswegs. Nicht die Maschine trägt irgendeine Schuld, sondern nur ihre falsche Anwendung. Uns fehlt der Landwirt mit dem Rechenstift. Wenn eine Fabrik sich neue Maschinen anschafft, so tut sie das nur, wenn die Kaufleute die Rentabilität dieser Maschinen genau errechnet haben. In der Landwirtschaft geschieht das leider sehr selten. Angenommen, ein kleiner Betrieb im Wert von etwa 40 000 Mark schafft sich auch nur eine kleine Drillmaschine an, so kostet diese Maschine etwa 800 Mark, das sind 2 Prozent des Kapitals, und sie wird nur etwa drei Wochen im Jahr gebraucht. Würde irgendeine Fabrik mit — sagen wir — 5 Millionen Mark Kapital auch nur daran denken, sich eine entsprechende Maschine im Wert von 10 000 Mark zu kaufen, wenn diese Maschine nur drei Wochen jährlich gebraucht wird und nach einigen Jahren womöglich veraltet ist? Trotzdem haben wir auch in Ostpreußen Wirtschaften, die mit reichlichster Verwendung moderner Maschinen, Traktoren und Mähreschern rentabel arbeiten, weil sie durch die Maschine zu sparen verstehen. Aber diese Betriebe kann man an den Fingern herzählen.“

„Ist der ostpreußische Landwirt fortschrittlichen Ideen geneigt, ist er bereit, sich umzustellen auch auf neue Wirtschaftsmethoden?“

„Er ist bereit; aber es fehlen überall die Mittel. Die gegenwärtige verzweifelte Lage macht die Menschen gleichgültig; sie sagen sich: es hat doch alles keinen Zweck, wo es sich um Abbau, nicht um Aufbau handelt.“

Auch diese Folge würde eine energische und deutlich sichtbare Schwenkung der Wirtschaftspolitik haben: Daß die Menschen aus der Verzweiflungstimmung herauskommen und die Ueberzeugung wiedergewinnen, daß ein Aufbau möglich ist.

Aprilscherz und Wirklichkeit.

„Manche Leser, wie wir hören, in Verwirrung über die Art, wie wir können das verstehen: Einerseits nehmen sie in anderer Weise das ernst, was im „Funken“ steht; andererseits müssen wir fortlaufend über unvernünftige Maßnahmen berichten und mußten daher, damit die Aprilmeldung sich von den meisten übrigen abhebt, eine vernünftige Maßnahme zum Gegenstand eines Aprilscherzes machen.“

Um alle Mißverständnisse auszuschließen und bei der Gelegenheit erneut zu zeigen, wo wir heute wirtschaftspolitisch stehen, stellen wir fest:

1. Leider nur ein Aprilscherz war die Meldung:

daß bei der I. G. Farben-Industrie 5 Direktoren abgebaut wurden (unter freundlicher Mitwirkung eines Löwen aus dem Frankfurter Zoo).

2. Erfreulicher Weise kein Aprilscherz waren die Meldungen:

daß infolge von Konkurrenz die großen deutschen Schiffahrtsunternehmen ihre Passagiertarife um 20 Prozent gesenkt haben,

daß die Börsenkurse vom 12. April an veröffentlicht werden sollen,

— wir könnten aber in Anbetracht der Zeitumstände uns denken, daß gerade unsere aufmerksamsten Leser diese Meldungen für Aprilscherze gehalten haben; bei der zweiten wollen wir mit dem endgültigen Urteil auch lieber bis zum 12. April warten.

3. Kein Aprilscherz waren die Meldungen:

daß der Reichsvorband der deutschen Industrie ein Außenhandelsmonopol fordert,

daß die Firma Perusa in München die Arbeitsbeschaffung als Reklametrick verwendet und darüber im Stile WITHELMS II. eine Proklamation „An das deutsche Volk“ erläßt, daß Aktiengesellschaften in der Wirtschaftskrise 7 bis 24 Prozent Dividende ausschütten,

daß der Präsident der preußischen Hauptlandwirtschaftskammer die maßgebenden Stellen auffordert, nicht zwangsweise Dinge aufrechtzuerhalten, die mit den ewig gültigen ungeschriebenen Gesetzen der Wirtschaft nicht vereinbar sind. — Wir haben ihn nicht zur Mitarbeit am „Funken“ aufgefordert, weil leider feststeht, daß er als „mit ewigen Gesetzen unvereinbares, zwangsweise aufrechterhaltenes Ding“ nicht den Großgrundbesitz ansieht, sondern Dinge wie die Erwerbslosenunterstützung.

4. Schließlich waren — bedauerlicher Weise! — keine Aprilscherze die Meldungen,

daß in der deutschen Binnenschifffahrt Zwangskartelle gebildet werden,

daß in Italien die Seidenraupenzucht durch eine Lotterio subventioniert wird,

daß die deutsche Reichsregierung wegen zu niedriger Benzinpreise mit Zwangsmaßnahmen droht,

daß die Zahl der wirtschaftlichen Notverordnungen in Deutschland 120 beträgt.

Im Mittelalter waren an den Fürstenhöfen üblicher Weise außer den Ministern besondere Hofnarren angestellt. Rpt.